



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Peter Bensmann

MdL

Vorsitzender
des Unterausschusses "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses

An den
Vorsitzenden des
Haushalts- und Finanzausschusses
Herrn Leo Dautzenberg MdL

im Hause

40002 Düsseldorf, den 28.04.1998
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43
Tel. (0211) 88 40 Durchwahl 8 84 - 27 67
Telefax (02 11) 8 84 - 33 02

Wahlkreisbüro:
59427 Unna
Lünerner Schulfstraße 55
Telefon: (0 23 03) 94 30 97
Telefax: (0 23 03) 4 00 95



Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 12/2891

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Unterausschuß "Personal" hat sich in seiner 33. Sitzung am 22. April 1998 mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 12/2891 - befaßt.

Der Vertreter des Ministeriums für Schule und Weiterbildung führte aus, daß mit diesem Gesetzentwurf die Möglichkeit geschaffen werde, einer kleinen Gruppe der Lehrerschaft mit "Altlehramt" den Erwerb der Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I zu eröffnen und damit für diesen Kreis eine Beförderungsmöglichkeit einzuräumen.

Auf Nachfrage der CDU- Fraktion erläuterte das Ressort, daß es grundsätzlich noch 14.000 Lehrer mit Altlehramtsbefähigung gäbe.

Die Anzahl der Lehrer aus dieser Gruppe, die von dem Gesetzentwurf erfaßt würden, beschränke sich auf eine Größenordnung, die schätzungsweise 200 nicht übersteige. Insofern sei die Zahl von 50 für diesen Zweck im Haushalt eingerichteten Beförderungsstellen der Bes. Gr. A 13 g.D. BBesO "vernünftig". Der Ressortvertreter wies ausdrücklich darauf hin, daß es sich bei diesem Gesetzentwurf um keine generelle Überleitungsregelung von Lehrern mit Altlehrämtern handele.

Die SPD-Fraktion betonte, daß der vorliegenden Gesetzentwurf ein gemeinsames Anliegen der Fraktionen im Unterausschuß "Personal" zum Ausdruck bringe.

Sodann wurde über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 12/2891- mit folgendem Votum abgestimmt:

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Enthaltung der Fraktion der CDU, einstimmig, dem Gesetzentwurf - Drucksache 12/2891- zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Peter Bensmann